

**Rainer König:**

**Exzerpt zu Jürgen Habermas: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik**

„Ich will zunächst auf das Verhalten von normativer und empirischer Theorie eingehen (1), sodann erklären, warum und wie wir den demokratischen Prozess, sobald er unter Bedingungen einer individualisierten und pluralistischen Gesellschaft institutionalisiert wird, im Lichte deliberativer Politik begreifen sollten (2), und schließlich an die unwahrscheinlichen Stabilitätsbedingungen einer krisenanfälligen kapitalistischen Demokratie erinnern (3).“ (S. 6) Hier geht es dann auch um die veränderte Medienstruktur und ihren Einfluss auf die Politik.

Letztere fördern die Entgrenzung und Fragmentierung der Öffentlichkeit. Der Plattformcharakter der neuen Medien erzeugt einen neuen Kommunikationsraum, „worin Leser, Hörer und Zuschauer spontan die Rolle von Autoren ergreifen können.“ (4).

Der Konsum von Zeitungen und Zeitschriften bricht drastisch ein (5), bei exklusiven Nutzern sozialer Medien scheint sich „eine Weise der halböffentlichen, fragmentierten und in sich kreisenden Kommunikation durchzusetzen, die deren *Wahrnehmung von politischer Öffentlichkeit* als solcher deformiert“ (S. 6) und damit den „deliberativen Modus der Meinungs- und Willensbildung gefährdet (6).“ (S. 7)

Zu 2.

Der Ansatz deliberativer Politik erklärt, wie heute politische Kompromisse zustande kommen können (S. 15) Da es eine legitimierende Kraft des Glaubens an Gott nicht mehr gibt, muss sich heute das demokratische System „gewissermaßen *aus sich selber* legitimieren“ (S. 15) Und zwar aus der Kraft „des rechtlich institutionalisierten *Verfahrens* der demokratischen Willensbildung.“ (S. 15) Dieses Verfahren lebt vom „*diskursiven Charakter*“ der vorangehenden Beratungen, d.h. „von der *Kraft der Gründe*, die“ mobilisiert werden (S. 16).

Unterstellt wird also, dass es bei Mehrheitsentscheidungen vorher Beratungen gab, in der nach Möglichkeit alle relevanten Themen und erforderlichen Informationen „mit Argumenten pro und contra zur Sprache kommen“ (S. 16).

Es „ist dieses *Erfordernis der freien Deliberation*, das die zentrale *Rolle der politischen Öffentlichkeit* erklärt.“ (S. 16)

Nicht zufällig hat sich historisch zusammen, mit der liberalen Demokratie die ‚bürgerliche Öffentlichkeit‘ entwickelt.

„Die massenmedial gesteuerte Meinungsbildung generiert im zerstreuten Publikum der Staatsbürger einen Plural von *öffentlichen Meinungen*.“ (S. 17) Diese werden durchs Mediensystem gefiltert, über die dann jeder Bürger die Gelegenheit erhält, „sich jeweils eine *eigene* Meinung zu bilden“. Derart kann er dann eine rationale motivierte Wahlentscheidung treffen (18).

„Bei der in der Öffentlichkeit entfesselten Kakophonie der gegensätzlichen Meinungen wird allein eines vorausgesetzt: der alle übrigen Auseinandersetzungen legitimierende Konsens über die Grundsätze der gemeinsamen Verfassung.“ (S. 19)

Dabei müssen die Bürger diesen Meinungsstreit „als folgenreich wie auch als einen Streit um die besseren Gründe *wahrnehmen* können.“ (S. 21)

„Ohne einen geeigneten Kontext finden die für eine demokratische Legitimation der Herrschaft wesentlichen Voraussetzungen deliberativer Politik aber keinen Halt in einer Bevölkerung, „von der die Gewalt ausgehen soll (S. 21).